



REUTERS

Abschussrampe

städte Neu-Delhi oder Islamabad erreichen und mit ihren Atomsprenghäupten vernichten. Das mit konventionellen Waffen und seiner Heeresstärke deutlich unterlegene, innenpolitisch unruhige Pakistan stehe deshalb in besonderer Versuchung, beim nächsten schweren Konflikt zu Atomwaffen zu greifen. Im Gegensatz zu Indien hat die Regierung Musharraf auf die Möglichkeit eines Erstschlags offiziell nicht verzichtet.

Grigoris Michalopoulos, ausgedacht haben, so jedenfalls die Staatsanwaltschaft. Derzeit lädt die Athener Justiz einen illustren Landsmann nach dem anderen vor, der milliardenschwere Banker Ioannis Latsis steht ebenso auf der Liste der mutmaßlich Erpressten wie vier orthodoxe Bischöfe. Michalopoulos, der jedoch alle Vorwürfe bestreitet, soll nicht nur mit dem Pseudoschutz vor 17N-Attacken zahlreiche Griechen erpresst, sondern über seine Opfer auch belastendes Material gesammelt und eingesetzt haben, das sowohl Geschäftliches als auch Privates umfasst.



AP

17N-Attentat in Athen

RUSSLAND

Angst um Schlösser

Über die Rehabilitierung der im Juli 1918 von den Bolschewiki ermordeten Zarenfamilie Nikolais II. soll schon bald entschieden werden. Bis Ende Januar will sich die beim russischen Präsidenten angesiedelte Kommission für die Rehabilitierung von Opfern politischer Repression mit dem Fall befassen. Das Gremium will sich für einen entsprechenden Erlass einsetzen, die endgültige Entscheidung liegt jedoch bei Präsident Wladimir Putin. Die Moskauer Generalstaatsanwaltschaft hingegen lehnt eine Rehabilitierung des getöteten Monarchen unverändert ab, da die Täter angeblich nicht in staatlichem Auftrag aus Moskau gehandelt hätten. Mögliches Motiv für die harte Haltung der obersten Ankläger: Der russische Staat müsste unter Umständen mit den Erben der rehabilitierten Romanows um eine Rückerstattung von Schlössern, Gütern

oder gar des Kreml vor Gericht streiten. Begehrlich zeigen sich bisher vor allem vermeintliche Romanow-Nachgeborene, deren Legitimität umstritten ist. Fürst Nikolai Romanow hingegen, das Familienoberhaupt, lehnt materielle Forderungen ab: „Wir dienen Russland und wollen nichts von ihm nehmen. Das ist unser Prinzip.“



DPA

Getötete Zarenfamilie Nikolais II.



MARCEL ANTONISSE / DPA

Wahlsieger Balkenende

NIEDERLANDE

In der Zwickmühle

Für den christdemokratischen Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende, 46, wird der Wahlsieg bei den niederländischen Parlamentswahlen zum bitter-süßen Erfolg: Seine Wunschpartner für eine Koalition in der Den Haager Regierung, die rechts- und linksliberalen Parteien VVD und D66, zeigen ihm bislang die kalte Schulter. Sie drängen ihn stattdessen in eine Große Koalition mit den wiedererstarkten Sozialdemokraten.

Die hatten mit einer ganz auf ihren charismatischen Spitzenkandidaten Wouter Bos zugeschnittenen Wahlkampagne die verheerende Niederlage bei den vorigen Wahlen wettgemacht und auf Antrieb 19

Mandate zurückgewonnen. Mit 42 Sitzen wurden sie zweitstärkste Partei im Haager Parlament. Da sie von den Christdemokraten nur noch zwei Sitze trennen, hätten sie Anspruch auf eine starke Ministerriege. Balkenende will dies, auch wegen angeblich „inhaltlicher Schwächen“, verhindern und zuerst mit anderen das Gespräch suchen. Der Wähler habe den eindeutigen Auftrag zu einer Großen Koalition gegeben, winkte die linksliberale D66 schon ab. Man wolle nicht den Mehrheitsbeschaffer für ein Zentrum-Rechtsbündnis abgeben. Auch die marktliberale VVD, die bislang mit den Christdemokraten regierte, rät erst zu einem Test schwarzer Gemeinsamkeiten. Für ein von Balkenende favorisiertes Zweierbündnis fehlen vier Stimmen zur Parlamentsmehrheit. Königin Beatrix wird voraussichtlich in dieser Woche einen „Informateur“ benennen. Er soll dann die möglichen Konstellationen ausloten.

Sitzverteilung in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments

